

**Öffentliche Niederschrift über die
35. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 05.09.2022 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **20:41** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf

Mitglieder

Herr Boris Bulitta

Frau Stephanie Freytag

Herr Bernhard Henter

Herr Michael Holstein

Herr Dieter Klever

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

ab 17:06 Uhr (TOP 1.1); bis 18:49 Uhr
(TOP 11)

Herr Paul Port

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Arnold Schmitt

Frau Christine Schmitt

entschuldigt

ab 17:11 Uhr (TOP 1.1)

bis 20:23 Uhr (TOP 13)

Vertretung für Frau Dr. Kathrin Meß; ent-
schuldigt

Herr Markus Thul

Herr Joachim Trösch

Frau Martina Wehrheim

Vertretung für Frau Marianne Rummel;
bis 20:17 Uhr (TOP 13)

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger

Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder

bis 20:12 Uhr (TOP10)

bis 18:55 Uhr (TOP 4)

Verwaltung

Herr Norbert Etringer

Herr Christoph Fuchs

Frau Ruth Mayer

Herr Martin Meyer

Herr Thomas Müller

Herr Rolf Rauland

Herr Norbert Rösler

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter der Abteilung 5 - Schulen und Bil-
dung

Büroleiter

Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales

Abteilung 5 - Schulen und Bildung

Pressestelle

Leiter des Geschäftsbereichs I

Leiter der Abteilung 11 - Kreisentwick-
lung, Bauen und Umwelt

Leiter des Geschäftsbereichs III

Herr Luca Wüstefeld

Abteilung 11 - Kreisentwicklung, Bauen
und Umwelt

Herr Alois Zehren

Leiter der Abteilung 6- Finanzen und
Kommunales

Gäste

Herr Harald Jacob

Leiter Medienzentrum

Herr Ralf Jakobs

LBM Trier

Fabian Jungblut

stellv. Leiter Medienzentrum

Herr Marc Reis

BNT Trier

Herr Dr. Michael Schäfer

Leiter des BNT Trier

Herr Manfred Schneider

BNT Trier

nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Dr. Kathrin Meß

entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung sowie die Gäste. Ferner weist er auf die getroffenen Hygienemaßnahmen hin.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Es besteht folgende Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen der Sitzung:

- „Vergabe von Gewässerunterhaltungsmaßnahmen Ruwer (0347/2022)

Der **Kreisausschuss** stellt die Dringlichkeit fest und stimmt der Erweiterung der Tagesordnung nach § 27 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 LKO einstimmig zu. Der Punkt wird fortan als neuer Tagesordnungspunkt 2.5 geführt.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

2. **Auftragsvergaben**
 - 2.1. **Erneuerung des Server- und Datenspeichersystems der Kreisverwaltung
Auftragsvergabe; Vorlage: 0342/2022**
 - 2.2. **Auftragsvergabe Ausstattung Containerklassen in der Realschule plus Kell
am See - hier: Fachklasse Naturwissenschaften; Vorlage: 0327/2022/1**
 - 2.3. **K 16 / K 27 Ittel-Hofweiler Auftragsvergabe; Vorlage: 0344/2022/1**
 - 2.4. **K 138 Serrig - Erweiterung des Auftrags; Vorlage: 0345/2022**
 - 2.5. **Vergabe von Gewässerunterhaltungsmaßnahmen Ruwer
Vorlage: 0347/2022/1**
3. **Medienzentrum Trier - Neuausrichtung der Aufgaben und Strukturen
Vorlage: 0229/2022/1**
4. **EU-Interreg B Projekt am Balthasar-Neumann-Technikum Trier – Projektvor-
stellung; Vorlage: 0325/2022**
5. **Neuer Manteltarifvertrag im privaten Busgewerbe - Finanzierung eines
kommunalen Anteils; Vorlage: 0334/2022**
6. **Kunstrasenplatz Wiltingen - Kostenbeteiligung des Landkreises
Vorlage: 0331/2022**
7. **Jugendbildungswerkstatt Kell am See, Anpassung der Preise ab 2023
Vorlage: 0180/2022/1**
8. **Förderung der freien Wohlfahrtsverbände; Vorlage: 0326/2022**
9. **Finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises Trier-Saarburg im Bezug auf
freiwillige Leistungen; Vorlage: 0172/2022/1**
10. **Informationen und Anfragen**

Öffentlicher Teil

2. Auftragsvergaben

2.1. Erneuerung des Server- und Datenspeichersystems der Kreisverwaltung Auftragsvergabe; Vorlage: 0342/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) hinsichtlich der IT-Mitarbeiter teilt der **Landrat** mit, dass zwischen den EDV-Mitarbeitern im Hause der Kreisverwaltung und den Mitarbeitern der Schul-IT unterschieden werden müsse.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, der Firma Rednet AG aus Mainz den Auftrag zur Lieferung von Server- und Storage-Hardware aus dem Rahmenvertrag des LDI zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.2. Auftragsvergabe Ausstattung Containerklassen in der Realschule plus Kell am See - hier: Fachklasse Naturwissenschaften Vorlage: 0327/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Abteilungsleiter **Etringer** erklärt, dass die Containerklassen inklusive der kompletten Ausstattung zur Verfügung stehen. Die Ausstattung im Einzelnen sei mit den entsprechenden Fachlehrkräften abgestimmt.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der vorstehenden Sachdarstellung erläuterte Vergabe. Den Auftrag für die Ausstattung der Fachklasse Naturwissenschaften in der Realschule plus Kell am See erhält die Fa. LD DIDACTIC in Hürth. Die Auftragssumme beträgt 37.175,79 € einschließlich Mehrwertsteuer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.3. K 16 / K 27 Ittel-Hofweiler Auftragsvergabe; Vorlage: 0344/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt einer Vergabe der Arbeiten für die K 16 / K 27 Ittel-Hofweiler an die Fa. Kohl Bau, Irrel in Höhe von insgesamt 530.708,26 € (Kreisanteil: 528.169,92 €) zu.

Der Kreisausschuss ermächtigt den Landesbetrieb Mobilität Trier (LBM) darüber hinaus, den Auftrag für die Ausstattung in Höhe von 5.000,00 € vergeben zu dürfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.4. K 138 Serrig - Erweiterung des Auftrags; Vorlage: 0345/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, den LBM Trier zu bevollmächtigen, an die ARGE Clemens/Elenz eine Auftragserweiterung zur Einbringung einer Deckschicht auf der freien Strecke der K 138 Serrig – Hofgut zu erteilen. Die Ermächtigung über die Auftragserweiterung wird bis zu einem Höchstbetrag von 175.000,- € erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.5. **Vergabe von Gewässerunterhaltungsmaßnahmen Ruwer**
Vorlage: 0347/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Vergabe an den wirtschaftlich günstigsten Bieter, die Fa. Peter Richarts, mit einem Angebot von insgesamt 38.545,29 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3. **Medienzentrum Trier - Neuausrichtung der Aufgaben und Strukturen**
Vorlage: 0229/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Ferner begrüßt er den Leiter des Medienzentrums, Herrn Harald Jacob, und den stellvertretenden Leiter des Medienzentrums, Herrn Fabian Jungblut.

Im Folgenden stellen Herr **Jacob** und Herr **Jungblut** das Medienzentrum Trier anhand der im Ratsinformationssystem hinterlegten Präsentation vor. Im Einzelnen gehen sie dabei auf den Auftrag, die Struktur, die Möglichkeit des mobilen Medienzentrums sowie weitere geplante Angebote ein.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) hinsichtlich einer ehemaligen Landesmedienstelle erklärt Herr **Jacob**, dass diese Stelle in der Form nicht mehr vorhanden sei. Inzwischen gebe es das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz. Die Aufgaben seien weiterhin aktuell, unter anderem sei eine ihrer Aufgaben, den Lehrer:innen rechtssicheres Unterrichtsmaterial aufzuzeigen.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich des Stundendeputats der Mitarbeiter:innen des Medienzentrums erklärt Herr **Jacob**, dass es sich hierbei um Lehrerarbeitsstunden handle. Diese werden nach einem persönlichen Faktor multipliziert. Der Landkreis trage lediglich die Sach- und Materialkosten.

Bei der Beratung von Kitas und vorschulischen Angeboten handle es sich eher um Ausnahmefälle, antwortet Herr **Jacob** auf die Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD). Jedoch sei das Medienzentrum gegenüber solchen Beratungen offen. In den Ferien seien Jugendhilfeeinrichtungen die alternativen Ansprechpartner.

Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) bedankt sich für die Arbeit des Medienzentrums. Gerade in der schwierigen Situation der Corona-Pandemie sei ein solches Angebot sinnvoll. Dennoch sollen Doppelstrukturen vermieden werden.

Das Medienzentrum verstehe sich als Mittler zwischen der pädagogischen und der digitaltechnischen Seite, so Herr **Jacob** und Herr **Jungblut**. Die Zusammenarbeit zwischen der Schul-IT und der politischen Ebene sei von Bedeutung, um künftige Entwicklungen abzustimmen.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Wehrheim** (Bündnis 90/ Die Grünen) hinsichtlich einer Bilanz zur Ausstattung der Schulen und der Kompatibilität der Systeme untereinander erklären Herr **Jacob** und Herr **Jungblut**, dass ein solcher Vergleich schwierig sei, da die Schulen bspw. unterschiedliche Träger mit unterschiedlichen Strukturen haben. Insgesamt befinde sich die Digitalisierung der Schulen auf einem guten Weg. Aktuell sei die Netzwerkinfrastruktur von Bedeutung. Ein einheitlicheres System sei wünschenswert.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) hinsichtlich des einheitlichen Agierens der Schulen teilt Herr **Jungblut** mit, dass die Schulen angeschrieben worden seien, um Ansprechpartner zu benennen. Es sei inzwischen eine Art Digitalisierungsmüdigkeit festzustellen, da es in den vergangenen Jahren das omnipräsente Thema gewesen sei. Die Digitalisierung sei nicht mehr wegzudenken.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

4. EU-Interreg B Projekt am Balthasar-Neumann-Technikum Trier – Projektvorstellung; Vorlage: 0325/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Ferner begrüßt er die Vertreter des Balthasar-Neumann-Technikums (BNT), Herrn Dr. Schäfer, Herr Schneider und Herrn Reis.

Herr **Dr. Schäfer** berichtet vorab, dass sie als Vertreter des BNT aufgrund des Projektes vor das EU-Parlament geladen seien. Ein wichtiger Vorteil für den Landkreis bei diesem Projekt sei die wachsende Reputation. Es handle sich um ein positives Thema. Ein positiver Nebeneffekt seien die finanziellen Zuschüsse. Ferner gebe es Synergieeffekte mit anderen Schulen.

Im Folgenden stellt Herr **Schneider** die der Vorlage im Ratsinformationssystem beigefügten Präsentation zum Projekt vor.

Herr **Meyer** zeigt das Budget des Projektes auf. Die Gesamtkosten von rd. 2,4 Mio. Euro sowie die Eigenmittel des Landkreises von knapp 1 Mio. Euro

verteilen sich über die komplette Projektdauer. Bei dem Projektantrag handle es sich um einen Entwurf. Die konkreten Planungen werden in der nächsten Zeit erfolgen, sofern die Kreisgremien dem Projekt zustimmen.

Der **Landrat** fasst zusammen, dass es derzeit allenthalben einen Fachkräftemangel gebe. Aus diesem Grund müsse qualitativ hochwertige Tätigkeiten und eine Arbeitsplatzsicherheit mit einer Perspektive geschaffen werden. Es gehe dabei um die Bündelung von Qualifizierungsmaßnahmen in der Region. Die finanzielle Summe des Projektes sei vertretbar. Die Kreistagsfraktionen haben sicherlich Beratungsbedarf.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) inwieweit sich die Kammern an diesem Projekt beteiligen und ob es bereits eine Rückmeldung zur Entscheidung gebe erklärt Herr **Schneider**, dass die finanziellen Zuschüsse beantragt worden seien, um eine Vorfinanzierung zu ermöglichen. Die Schule stehe im regen Austausch mit dem zuständigen Ministerium bezüglich der Projektskizze. Am 15.09.22 finde eine Sitzung mit den EU-Entscheidungsträgern statt, um dieses Projekt voraussichtlich zu bewilligen. Die Resonanz von allen beteiligten Akteuren hierzu sei durchweg positiv. Mit den Kammern seien Gespräche geführt worden. Aus seiner Sicht sei die Struktur der Handwerksammer veraltet. Verschiedene Hersteller haben sich bereits an das BNT gewandt, um Schulungen durchzuführen.

Nach der Anmerkung von Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU), dass sich die Herstellerfirmen an den Kosten solcher Schulungen beteiligen könnten, teilt Herr **Schneider** mit, dass das BNT gute Kontakte zu diesen Firmen pflege. Eine Qualifizierung sei aktuell aufgrund der vollen Auftragsbücher kaum möglich.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) hinsichtlich der Fördersicherheit sowie der Beteiligung der Kammern erklärt Herr **Dr. Schäfer**, dass es sich um arbeitsmarktwirksame Maßnahmen handle. Dazu gehören Teilqualifizierung. Bis zum 15.09.22 gehe der Landkreis als Träger kein Risiko bezüglich des Projektes ein. Die Kammern werden versucht, soweit es möglich sei, in den Prozess einzubinden. Eine kompakte Lösung mit allen Bildungsbeteiligten sei wünschenswert.

Die Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Freytag** (SPD) hinsichtlich des weiteren Vorgehens bei der Projektförderung beantwortet Herr **Schneider** damit, dass es einige Fördermöglichkeiten zu diesem Projekt gebe. Die Schule habe ihrerseits viel Zeit und Arbeit in die Vorbereitung investiert. Letztendlich entscheide die EU-Ebene, ob das Projekt förderungswillig sei. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit sei zustande gekommen.

Kreisausschussmitglied **Klever** (FWG) lobt die Vorgehensweise zu diesem Projekt. Den Unternehmen müsse verdeutlicht werden, dass der innovative Weg der richtige sei.

Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) berichtet, dass bereits in den 1970er- Jahren ähnliche Herausforderungen mit den Kammern

vorgelegen haben. Aus seiner Sicht liege dies an den unterschiedlichen Kompetenzen und Zielen der einzelnen Innungen. Er bitte darum, die Kammern zu einer Ausschusssitzung einzuladen.

Dem Vorschlag stimmt Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) zu.

Der **Landrat** teilt mit, dass am kommenden Donnerstag eine Sitzung mit den Innungsmeistern in der Verwaltung stattfindet. Diese Sitzung sei eine geeignete Gelegenheit dieses Thema anzusprechen.

Abteilungsleiter **Etringer** weist darauf hin, dass der Landkreis als Träger den Projektantrag stelle. Die Kooperation sei ein großer Erfolg. Die überregionale Zusammenarbeit mit den Projektpartnern sei für den Landkreis Trier-Saarburg gewinnbringend.

Die Ausführungen der Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) und **Sahler-Fesel** (SPD) teile er, so Fraktionsvorsitzender **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen). Er sehe ebenfalls noch Beratungsbedarf innerhalb der Kreistagsfraktionen. Er bitte den Vorsitzenden, die angesprochenen Angelegenheiten bei der Sitzung der Innungsmeister vorzubringen.

Nach der Anmerkung des **Landrates** hinsichtlich der Einbindung des Jobcenters, teilt Herr **Schneider** mit, dass dessen Geschäftsführer von dem Projekt angetan sei. Keiner von den Institutionen könne jedoch ein solches Projekt alleine finanzieren.

Dem Gedanken des Vorsitzenden stimmt der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) zu. Die verschiedenen Institutionen können sich am Projekt finanziell beteiligen. Die Verwaltung kümmere sich unterdessen um die Abwicklung der Geschäfte.

Büroleiter **Fuchs** stimmt ebenso zu. Der Projektträger sei der Landkreis. Beim Jobcenter gebe es für die Qualifizierungsmaßnahmen einen entsprechenden Kundenstamm. Dort sei die notwendige Kompetenz vorhanden.

Landrat **Metzdorf** dankt den Vertretern des BNT für ihr Engagement für den Landkreis Trier-Saarburg. Zusammenfassend nehme er die Beratungsinhalte zur Sitzung der Innungsmeister.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

5. Neuer Manteltarifvertrag im privaten Busgewerbe - Finanzierung eines kommunalen Anteils; Vorlage: 0334/2022

Protokoll:

Nachdem Landrat **Metzdorf** auf die Beschlussvorlage der Verwaltung verwiesen hat, berichtet Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**, dass er im Laufe des heutigen Nachmittags weitergehende Informationen fernmündlich

erhalten habe. Es sei mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen. Dennoch sei der Tarifvertrag alternativlos. Das Informationsschreiben in Schriftform sei auf dem Postweg zur Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet um Prüfung, ob es alternative Optionen gebe. Die Verwaltung mache sich durch diese Vertragsbindung tariflich erpressbar. Er schlägt vor, dass diese Angelegenheit im Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr beraten werde.

Der Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr werde so terminiert, dass er kurz vor der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRT stattfinde, so Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**. Inhaltlich werden dort Kreisangelegenheiten sowie die Tagesordnung der Verbandsordnung vorberaten. Die Entscheidung zur Tarifierhöhung sei unmittelbar vor den Sommerferien getroffen worden. Bei der Termingestaltung gebe es kaum Spielraum. Ein Eigenbetrieb sei keine Lösung. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften sei sehr hoch. Aus diesem Grund haben sie eine Reihe von Möglichkeiten.

Kreisausschussmitglied **Nickels** (CDU) schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt auf die Kreisausschusssitzung am 19.09.22 zu vertagen.

Nach einer Anmerkung des Fraktionsvorsitzenden Bulitta (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**, dass die Tarife allgemeinverbindlich seien. Streiks habe es auch in anderen Regionen gegeben. Bei einer Neuausschreibung müsse der Landkreis vollumfänglich die Kosten tragen.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) bittet das VRT-Finanzierungssystem in einer der nächsten Kreisausschusssitzungen vorzustellen. Er sehe allerdings ebenfalls keine Alternative.

Der **Vorsitzende** betont, dass es Gründe gebe, warum das Finanzierungssystem bisher nicht vorgestellt worden sei. Die neue Verbandsordnung sei noch nicht beschlossen worden, da die Finanzierung nicht abschließend beraten worden sei.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** ergänzt, dass eine Verkehrsministerkonferenz ausstehe, bei der diese Angelegenheit beraten werden solle. Es werde ferner über kostengünstige Verkehrstickets diskutiert.

Diese Angelegenheit sei in der heutigen Sitzung des Kreisvorstandes thematisiert worden, teilt Landrat **Metzdorf** mit. Bei einer solchen Umsetzung sehe er große Herausforderungen auf die Kommunen zukommen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt diesen Tagesordnungspunkt auf die Kreis-

ausschusssitzung am 19.09.2022 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**6. Kunstrasenplatz Wiltingen - Kostenbeteiligung des Landkreises
Vorlage: 0331/2022**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) stimmt den Ausführungen zu. Auch andere Sportplätze seien betroffen. Er bitte darum, dass die ADD Trier der Verwaltung einen rechtsmittelfähigen Bescheid zu dieser Angelegenheit zukommen lasse.

Nachdem der **Landrat** die Vorlage vorgelesen hat, bittet Kreisausschussmitglied **Nickels** (CDU) um Aufnahme in den Beschlussvorschlag, dass diese Maßnahmen auch für vergleichbare Projekte gelten sollen.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) erklärt, dass dieser Vorschlag im Prinzip bereits in der Vorlage enthalten sei.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Beschlussvorschlag wie vorliegend zur Abstimmung gestellt werde. Es handle sich um ein verwaltungsrechtliches Thema.

Kreisausschussmitglied **Nickels** (CDU) bittet ausdrücklich um Aufnahme ins Protokoll, dass ihre Enthaltung nicht gegen die Schule in Wiltingen gerichtet sei, sondern vielmehr gegen die unklaren Maßnahmen des Landkreises.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, der Verbandsgemeinde Konz für den Umbau des Tennenplatzes im Schul- und Sportzentrum Wiltingen in einen Kunstrasenplatz mit 100-m-Laufbahn und Weitsprunggrube, eine Kostenbeteiligung in Höhe von 30 von Hundert der förderfähigen Gesamtkosten ausschließlich aus Schulbaumitteln des Kreises als Investitionskostenzuschuss für die schulische Nutzung durch die Don Bosco-Schule Wiltingen zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

7. **Jugendbildungswerkstatt Kell am See, Anpassung der Preise ab 2023**
Vorlage: 0180/2022/1

Protokoll:

Landrat **Metzdorf** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Nach einer Anmerkung der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) erklärt Kreisausschussmitglied **Holstein** (FWG), dass diese Vorlage bereits im Jugendhilfeausschuss vorberaten worden sei. Es gehe im Kern um eine Verlässlichkeit der Gebührenerhebung, die gestaffelt werden solle. Vor Ort in Kell gebe es für Veranstaltungen regelmäßige Anmietungen. Es handle sich um eine moderate Anhebung der Preise in zwei Schritten. Der Jugendhilfeausschuss habe dem Beschlussvorschlag zugestimmt.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) hinsichtlich der Vergleichbarkeit mit Jugendherbergen, informiert Kreisausschussmitglied **Holstein** (FWG), dass das Gebäude saniert worden und dementsprechend in einem guten Zustand sei. Es gebe unterschiedliche Zimmeraufteilungen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der Vorlage aufgelisteten Nutzungsentgelte für die natur- und erlebnispädagogische Jugendbildungswerkstatt des Landkreises ab dem Kalenderjahr 2023.

Weiter beschließt der Kreisausschuss auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses bereits jetzt die in der Vorlage aufgeführte Preissteigerung ab dem 01.01.2025, damit interessierte Gruppen eine bessere Planungssicherheit erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

8. **Förderung der freien Wohlfahrtsverbände; Vorlage: 0326/2022**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) spricht sich dafür aus, dass weiterhin der Kreisausschuss die Beschlusskompetenz zur Förderung der S.I.E e. V. behalten und diese nicht an den Jugendhilfeausschuss abgetreten werden solle. Er bitte, im Rahmen der Beratungen zum Kreishaushalt 2023, auf den Förderungsindex einzugehen.

Fraktionsvorsitzender **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) stimmt seinem Vorredner zu. Es sei zu begrüßen, wenn alle Förderungen indiziert werden.

Der **Vorsitzende** schlägt aufgrund dessen vor, dass der Beschluss wie vorgeschlagen abgestimmt wird. Über den Index könne in einer weiteren Sitzung beraten werden.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit die Gewährung von Zuschüssen aus Kreismitteln an die im Landkreis Trier-Saarburg tätigen Verbände der freien Wohlfahrtspflege, sozialdienstliche Vereine und Selbsthilfegruppen für das Jahr 2022 in der vorgeschlagenen Höhe zu beschließen.
2. Der Kreisausschuss beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit den Verein S.I.E. in den Jahren 2023 bis 2025 mit einem pauschalen Förderbetrag von 10.000,00 EUR zuzüglich der Tarifsteigerung des Vorjahres zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises Trier-Saarburg im Bezug auf freiwillige Leistungen; Vorlage: 0172/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Er informiert, dass die Verwaltung Gespräche mit der ADD Trier zu dieser Thematik führe. Seitens des Landkreises können aufgrund der fehlenden Leistungsfähigkeit keine Gemeindeprojekte finanziell gefördert werden. Andererseits sei dies bei Förderungen von Vereinsprojekten möglich. Schulbaumaßnahmen seien ebenfalls förderfähig. Seitens des Landkreises werde eine Projektförderung befürwortet.

Abteilungsleiter **Zehren** ergänzt, dass er neben der Kommunalaufsicht der ADD Trier deren Sportreferat konsultiert habe. Der Landkreis Trier-Saarburg gelte weiterhin als nicht leistungsfähig, obwohl die Kreishaushalte der vergangenen beiden Jahre im Ergebnis mit einem Überschuss abgeschlossen haben. Nach dem Kreishaushalt 2022 werde der Kreishaushalt 2023 voraussichtlich mit einem Fehlbedarf abschließen. Dabei handle es sich lediglich um eine rein rechnerische Prognose. Aus diesem Grund lege sich die Kommunalaufsicht der ADD Trier auf die Nicht-Leistungsfähigkeit fest. Laut einem Schreiben des Innenministeriums mit der ADD Trier können künftig keine freiwilligen Leistungen der Kommunen bei Vorliegen von Leistungsschwäche getätigt werden. Schulbauangelegenheiten gehören zu den Pflichtaufgaben der Kommune. Die finanziellen Zuweisungen an die Gemeinden zählen zu den freiwilligen Leistungen. Vereinsmaßnahmen seien

davon ausgenommen.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) hat kein Verständnis dafür, dass die Verantwortung den Vereinen aufgebürdet werde. Der Kreishaushalt 2023 sei noch nicht seitens der Kreisgremien beraten worden. Es handle sich bei den angesprochenen Angaben lediglich um eine rein rechnerische Prognose. Als Vorsitzender eines Vereins würde er sich diese Verantwortung nicht anlasten. Er bitte Kreisausschussmitglied und Landtagsabgeordneten Rommelfanger (SPD) diese Angelegenheit auf Landesebene an der entsprechenden Stelle vorzubringen.

Die Kehrseite der Medaille hinsichtlich der Leistungsfähigkeit sei die finanzielle Bezuschussung von Maßnahmen und Projekten an den Landkreis, so Abteilungsleiter **Zehren**. Bei leistungsstarken Kommunen sei die finanzielle Förderung an den Landkreis nur eingeschränkt möglich. Die ADD Trier orientiere sich an den Planzahlen der Kommunen.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) stellt fest, dass der Landkreis Trier-Saarburg einen durch die ADD Trier ohne Einschränkungen genehmigten Kreishaushalt 2022 vorzuweisen habe. Das Zauberwort laute in diesem Fall: Kommunale Selbstverwaltung. Sie befürworte die Unterstützung der Kommunen.

Nach einer Anmerkung von Kreisausschussmitglied **Nickels** (CDU) hinsichtlich der freien Träger der Jugendarbeit erklärt Abteilungsleiter **Zehren**, dass es nicht Aufgabe der Ortsgemeinden sei, Jugendhilfe durchzuführen.

Der **Landrat** hält fest, dass seitens der ADD Trier ein rechtsmittelfähiger Bescheid an die Kreisverwaltung übersandt werden solle. Diesen werde die Verwaltung dann prüfen. Er schlage vor, die Maßnahmen durchzuführen.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** appelliert an eine pragmatische Lösung. Es müssen hinsichtlich der anvisierten Projekte die aktuellen Kostensteigerungen in den Blick genommen werden. Ferner müsse im Sinne der Bürger:innen vor Ort Entscheidungen getroffen werden.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

10. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Landrat **Metzdorf** weist auf die Aktion „Stadtradeln“ hin, an der sich der Landkreis Trier-Saarburg beteilige. Die Gremienmitglieder seien eingeladen, daran teilzunehmen.

Der **Vorsitzende** bittet um Beachtung, dass die beiden Termine der nächsten Sitzungen getauscht worden seien. Somit finde am 19.09.22 eine Kreis-

ausschusssitzung und am 10.10.22 die Kreistagssitzung jeweils in der Stadthalle Saarburg statt. Über die Personalsituation in der Kreisverwaltung werde sich intern weiterhin abgestimmt. Im Anschluss daran werde der Kreisausschuss wie beantragt darüber informiert.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) hinsichtlich einer Stationierung eines Rettungswagens in Neumagen-Dhron erklärt der **Landrat**, dass dieser Standort aufgrund einer Simulation des Ernstfalls durch die Verwaltung ausgewählt worden sei.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** ergänzt, dass im Ergebnis dieser Simulation die Standorte Trittenheim und Neumagen-Dhron zur Auswahl gestanden haben. Es handle sich zunächst um einen provisorischen Standort. Die Fahrzeitenprofile seien von beiden Orten sehr ähnlich. Die Kosten in diesem Bereich werden unter allen Gebietskörperschaften im ehemaligen Regierungsbezirk Trier aufgeteilt.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) spricht an, dass in den Kreisnachrichten der 32. Ausgabe 2022 ein Bericht zur Besichtigung des Krankenhauses in Hermeskeil verfasst sei. Er bitte darum, das nächste Mal bei einem solchen Termin alle Landtagsabgeordneten des Landkreises einzuladen.

Der **Landrat** betont, dass diese Einladung durch die Bundestagsabgeordnete Hubertz (SPD) erfolgt sei. Die Verwaltung sei nicht daran beteiligt gewesen.

Fraktionsvorsitzender **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) regt an, dass die Erstellung eines Zeitrahmens für das Katastrophenschutzkonzept begrüßenswert sei. Ferner interessiere er sich für den Stand zur Einstellung der Klimaschutzmanager.

Landrat **Metzdorf** und Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** stimmen dem Vorschlag zum Zeitplan des Katastrophenschutzkonzeptes mit Hinweis auf die personelle Situation zu.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) bittet darum, dass der Standort des Tanklagers Grevenmacher/Mertert/ Temmels in das Katastrophenschutzkonzept aufgenommen wird.

Dort habe in der Vergangenheit unter Leitung des ehemaligen BKI Winkler eine kreisweite Katastrophenschutzübung stattgefunden, so Fraktionsvorsitzender **Holstein** (FWG). Entsprechende Erkenntnisse daraus müssten dem Landkreis vorliegen.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer:innen.

Der Vorsitzende:

(Stefan Metzdorf)

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)